

Richtlinien für staatliche IT

Berliner Manifest: Öffentliche Dienste 2.0

SIGINT 2009

23. Mai, Köln

Zu meiner Person:

Leiterin des Referats eGovernment, Neue Medien, Verwaltungsmodernisierung beim ver.di Bundesvorstand, Fachbereich Gemeinden

- War:
- Mitglied des Beirats Media@Komm-Transfer
 - ver.di Delegierte beim UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft, Weltgipfel der Städte
- Bin:
- ver.di-Vertreterin Initiative D21 AG eGovernment
 - Vorstandsmitglied der Europäischen Internet-nutzerorganisation der Internetverwaltung ICANN
 - Beiratsmitglied von "Dot Berlin"

ver.di-Ziel: Demokratische informationstechnische „Raumplanung“

Zweischneidigkeit des Einsatzes neuer Informationstechniken:

**Er kann *Demokratie fördern*, er kann sie aber
auch *gefährden*.**

ver.di will die Fragen der Gestaltung des
öffentlichen Raums im Netz, der öffentlichen
Dienste und der Daseinsvorsorge in der
Informationsgesellschaft, endlich zum Thema einer
längst überfälligen öffentlichen Debatte machen.

ver.di-Ziel: Demokratische
informationstechnische „Raumplanung“

**Planung der Öffentlichen IKT-Infrastruktur
und
Gestaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen für
Arbeitswelt und Gesellschaft** dürfen nicht in die
Hand von IT-Lobbyisten gelegt werden!

ver.di organisiert ein ungewöhnliches Bündnis:
Von kommunalen IT-Direktoren, Personalräten, über
Städte- und Gemeindebund, EGÖD, MdBs, MdEPs,
Forschung und Wissenschaft bis zum Chaos
Computer Club, alle unterstützen das:

Berliner Manifest:

Öffentliche Dienste 2.0 Die Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft stärken!

ver.di-Konferenz am 4. und 5. Sept. 2008

10 Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

1. Grundversorgung und offener Zugang!

- mittels IKT den **Zugang aller Menschen zu Informationen und Wissen fördern**
- die **“digitale Spaltung“ der Gesellschaft verhindern**
- gewährleisten, dass **alle Menschen Zugang zum Internet haben** - privat als auch beruflich
- **ArbeiterInnen ans Netz!**

10 Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

2. Wissen teilen, Wissen mehr!

- Chancen kultureller Teilhabe sowie kooperativen Arbeitens
- Zugang zu öffentlichen Wissensbeständen
- Gemeinschaftsgüter **offenen Nutzungslizenzen** unterstellen

10 Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

3. Keine Privatisierung öffentlicher Güter im virtuellen Raum!

- Was öffentlich finanziert wurde muss auch öffentlich bleiben
- Bsp. öffentliche Museen: Nicht Microsoft die Rechte an Gemälden geben!

10 Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

4. Selbstverwaltung und öffentliche Steuerungsfähigkeit stärken!

- Im IKT-Bereich muss eine öffentliche, gemeinwohlorientierte Infrastruktur überhaupt erst aufgebaut werden
- Doch private Unternehmen (z.B. Arvato) stehen bereit, sich große Teile der öffentlichen Infrastruktur anzueignen

10 Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“ Fortsetzung Punkt 4. „Steuerungsfähigkeit“

- **Auslagerungen, Privatisierungen und PPPs schränken die Gestaltungsfähigkeit der Öffentlichen Hand ein!**
- Gefahr der Abhängigkeit von privaten Unternehmen!
- Öffentliche Hand muss über technische Kompetenz im eigenen Hause verfügen!

10 Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“ Fortsetzung Punkt 4. „Steuerungsfähigkeit“

Auf der EU-Ebene muss endlich ein Umdenken stattfinden:

- Die EU-Kommission konzentriert sich noch immer auf das Fördern privatwirtschaftlicher Tätigkeit - die öffentliche Daseinsvorsorge bleibt außen vor.
- Selbst bei **interkommunaler Zusammenarbeit**, muss auf EU-Ebene noch Rechtsklarheit geschaffen werden, dass diese **nicht dem Wettbewerb** unterworfen werden!

Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

5. Verlässliche demokratische Verfahren und Standards!

IT-Verfahren müssen transparent sein:

a) *technisch* (Negativbeispiel Wahlcomputer)

b) *inhaltlich und organisatorisch*

(Die Betreiber müssen klar erkennbar sein; das öffentliche Angebot muss vom privaten klar unterscheidbar sein)

Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

6. eGovernment mit offenen Standards!

eGovernment braucht Netzneutralität und offene technische Standards:

Alles andere führt zu Ineffizienz, Ausschluss von Nutzern und Abhängigkeit von proprietären Systemen!

Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

7. Kritische Infrastrukturen sichern!

Zu den „kritischen Infrastrukturen“ dürfen nicht nur Kernkraftwerke oder Krankenhäuser zählen, sondern auch solche im sozialen und administrativen Bereich:

Zum Beispiel die personelle und technische Gewährleistung der Hartz IV-Auszahlung.

Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

8. Daten- und Persönlichkeitsschutz **verwirklichen!**

- Datenschutz und der Schutz der Privatsphäre sind nicht Hemmschuh, sondern Voraussetzung eines demokratischen eGovernment!
- Datensparsamkeit muss zum obersten Grundsatz werden!
- Zentrale Datenbanken mit personenbeziehbaren Informationen, gilt es zu vermeiden!

Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“ Fortsetzung Punkt 8 „Datenschutz“

- Datenschutz muss **konzeptioneller Bestandteil** der eGov-Projekte sein
- Bei Verstößen müssen **Sanktionen** greifen
- Weder BürgerInnen noch ArbeitnehmerInnen* dürfen elektronisch überwacht werden!
(*Seltene Ausnahmen sind in DV zu regeln)
- Die informationelle Selbstbestimmung muss auch in der Arbeitswelt gelten; das lange angekündigte Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist überfällig!

Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

9. eDemokratie für ArbeitnehmerInnen, **Mitbestimmung stärken!**

- Das BetrVG, das BPersVG und die LPersVGs müssen gestärkt und dem Informationszeitalter angepasst, aktuelle Verschlechterungen zurückgenommen werden
- Zugang der Beschäftigten, PR/BR und Gewerkschaft zum Intranet und eMail-System der Betriebe
- Unzensurierter Zugang aller Beschäftigten zu Intra- und Internet!

Leitideen für die „Öffentlichen Dienste 2.0“

10. Öffentliche Daseinsvorsorge nicht IT-Lobbyisten überlassen!

- **Die Infrastrukturen unserer Zukunft dürfen nicht am privaten Gewinn, sondern müssen am Gemeinwohl orientiert sein.**
- Wir benötigen die Diskussion im Betrieb und den Austausch mit BürgerInnen aus den unterschiedlichsten Bereichen und vor allem brauchen wir demokratisch engagierte und medienkompetente PolitikerInnen!

EGÖD-Strategie: „Öffentliche Dienste 2.0“

Das „Berliner Manifest: Öffentliche Dienste 2.0 - Die Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft stärken!“

ist bereits in englisch und französisch übersetzt und wird vom EGÖD in weitere EU-Sprachen übersetzt, um es zur Diskussionsgrundlage der europaweiten eGovernment-Strategie des EGÖD zu machen.

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Wie vertragen sich diese Leitlinien für staatliche IT-Projekte mit dem aktuellen milliardenschweren IT-Infrastrukturprojekt im Rahmen der EU-DLR?

Zentrale Zielsetzung der EU-DLR:

Verbesserung des EG-Binnenmarktes für die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen

EU-DLR macht allen Mitgliedsstaaten verfahrensrechtliche Vorgaben

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Drei wesentliche Änderungen:

- 1. Einführung eines Einheitlichen Ansprechpartners (EAP)**
- 2. Verpflichtung: Alle Verfahren müssen europaweit elektronisch erbracht werden können!**
- 3. Einführung von Regelungen über die sogenannte Genehmigungsfiktion**
(bundesweite Geltung der Genehmigung)

Zeitplan Umsetzung EU-DLR

- Anfang 2009 Abschluss des **Normenscreenings**
- Bis Februar 2009 (?) **Einrichtung des EAP**
- Ab März 2009 (?) **Testphase für EAPs und das Internal Market Information System (IMI)**
- Bis Mitte 2009 **Beratung und Verabschiedung der wg. EU-DLR notwendigen rechtlichen Änderungen in Länderparlamenten und Bundestag!**
- **Bis 28. Dez. 2009 Abschluss des Umsetzungsprozesses in nationales Recht!**

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Ungeklärt sind (u.a.):

- **Technische Ausstattung**, technische Standards, Gewährleistung der Interoperabilität sowohl in Deutschland als auch mit allen 26 Mitgliedsstaaten
- **Kosten!** und Übertragbarkeit der Softwarelösungen
- **Datenschutz** – sowohl für Arbeitnehmer, aber noch vielmehr für die BürgerInnen und UnternehmerInnen
Aufklärung: Unabhängiges Datenschutzzentrum Schleswig-Holstein

Kosten

- Extrem hohe Investitionskosten
Beispiele explodierender Kosten:
SAP Hessen, virtueller Arbeitsmarkt der BA,...
- Ausspielen von Sachkosten gegen Personalkosten
- Folgekosten (Pflege, Software Up Dates,...
Organisationschaos, Haftungsfragen...)
- Häufig keine offenen technischen Standards, keine wirkliche Gewährleistung der Interoperabilität, keine freie Verfügungs-/Nutzungsrechte,...

Datenschutz

Wichtig: Grundsatz Datensparsamkeit

Unklar:

- Welche Daten bekommt der EAP zu sehen?
- Welche Daten werden europaweit zugänglich?
- Wie werden falsche Daten unter den Bedingungen europaweiter verwaltungsübergreifender Zusammenarbeit nachhaltig gelöscht? ...
- Gibt es ein Datenschutzkonzept?

(Das könnte das ganze Organisationsmodell des EAP auf den Kopf stellen!!!)

Kosten: Gefahren für die öffentliche Hand

Trotz oder gerade wegen Finanzkrise droht:

- Der Ausverkauf der öffentlichen Hand wg. eines erhöhten Investitionsbedarfs für eGovernment!
- Der Verlust der informationstechnischen Autonomie der öffentlichen Verwaltung!
- Das Outsourcing ihrer technischen Kompetenz!

In Bezug auf Software sind trotz Milliardeninvestitionen in der Regel noch nicht einmal die Eigentums- und Nutzungsrechte gesichert.

Zeitplan Umsetzung EU-DLR

- **Bis 28. Juni 2010 Gegenseitige Evaluierung: Stellungnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten zu den Berichten der anderen**

- **Bis 28. Dez. 2011 (und danach alle drei Jahre) Überprüfungsklausel:**

Umfassender Bericht der EU-Kommission über die Anwendung der EU-DLR an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat

(Überprüft werden u.a. Die Folgen der EU-DLR für den Schutz der ArbeitnehmerInnen)

Materialien - Druck

ver.di Schriftenreihe

Innovation + Neue Medien + Beteiligung,

Öffentliche Dienste im Wandel

- Band 3: **“Wie öffentlich und demokratisch wird eGovernment sein? 100 Fragen zu eGovernment”**
- Band 4: **“Bausteine für Dienstvereinbarungen zur Einführung neuer Technologien”**
- Band 5: **“Öffentlicher Dienst und die bundesweite Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie”**

Materialien: Druck und Online-Information

Broschüren bestellen bei:

IVB Direktmarketing GmbH

verdi@ivb-gmbh.de

Oder online herunterladen als PDF unter:

www.governet.de/6/

Wo Ihr auch das

“Berliner Manifest: Öffentliche Dienste 2.0”

herunterladen, unterschreiben und diskutieren könnt!

Fin

Diskussion?

Gerne!

;-)